

Satzung des Werner-von-Siemens Centre for Industry and Science e.V.

§ 1 Name, Sitz, Geschäftsjahr

- (1) Der Verein führt den Namen „Werner-von-Siemens Centre for Industry and Science“. Der Verein ist beim Vereinsregister Berlin zur Eintragung zu bringen. Danach führt er den Zusatz „e.V.“.
- (2) Sitz des Vereins ist Berlin.
- (3) Geschäftsjahr des Vereins ist das Kalenderjahr.

§ 2 Zweck, Aufgaben

- (1) Zwecke des Vereins sind die Förderung von Wissenschaft und Forschung sowie die Förderung der Bildung. Der Verein bezweckt durch Schaffung und Betrieb einer physischen Campusstruktur am Standort Berlin den Lösungen für gesellschaftlich-industriellen Herausforderungen wie z.B. den produktionstechnischen Strukturwandel sowie die Energie- oder Mobilitätswende durch eine enge Forschungs- und Entwicklungskooperation von Partnern aus Industrie und Wissenschaft voranzutreiben. Hierzu gehören insbesondere die Schaffung von Raum für Open Innovation mit Forschungs- und Entwicklungs-Einrichtungen und Startups sowie die Förderung des Standortes Berlin als Innovations- und Produktionshub im Bereich der Produkt- und Technologieentwicklung (Time2market). Schwerpunkt ist dabei die Erschließung neuer Funktionalitäten, Technologien und Anwendungsfelder in den initialen Technologiebereichen Digitalisierung / Virtualisierung und Additives Manufacturing. Der Verein will den vorwettbewerblichen Wissensaustausch zwischen Wissenschaft, Forschung und Industrie fördern. Der Verein bezweckt insbesondere durch Aufbereitung und Zusammenführung der wissenschaftlichen Erkenntnisse und technologischen Entwicklungen die Allgemeinheit über gesellschaftlich-industrielle Herausforderungen und ihre Lösungsmöglichkeiten zu informieren. Durch Informationsveranstaltungen, Workshops und Publikationen soll der Allgemeinheit ein Erkenntnisgewinn vermittelt und der breite wissenschaftliche und gesellschaftspolitische Diskurs zur realen Umsetzung von Lösungen der gesellschaftlich-industriellen Herausforderungen in der deutschen Wirtschaft unterstützt werden.
- (2) Der Verein verfolgt diese Zwecke insbesondere durch folgende Maßnahmen:
 - Organisation und Durchführung von Veranstaltungen zum Informationsaustausch zwischen den Mitgliedern des Vereins und zur Förderung des fachlichen Austauschs

- zwischen Wissenschaft, Unternehmen und Institutionen im Allgemeinen im Zusammenhang mit den gesellschaftlich-industriellen Herausforderungen sowie Durchführung von Workshops und Fortbildungs- bzw. Informationsveranstaltungen zur Diskussion von Forschungsergebnissen;
- Schaffung einer offenen Plattform für den industriell-wissenschaftlichen Austausch hinsichtlich die gesellschaftlich-industriellen Herausforderungen in den initialen Technologiebereichen Digitalisierung / Virtualisierung, Additives Manufacturing und neue Materialien;
 - Bereitstellung von allgemein zugänglichen Informationen die gesellschaftlich-industriellen Herausforderungen und die Zusammenarbeit von Wissenschaft, Forschung und Industrie, z.B. durch Veröffentlichung von Ergebnissen und Trends über Webportale sowie Herausgabe eines webbasierten Monatsjournals zu den o.g. Beispielthemen;
 - Erarbeiten von Handlungsempfehlungen an die Politik für Fördermaßnahmen oder politische Rahmenbedingungen basierend auf Erkenntnissen aus der Praxis;
 - Beschaffung und Weiterleitung von Mitteln an steuerbegünstigte Körperschaften oder juristische Personen des öffentlichen Rechts zur Förderung der Wissenschaft und Forschung sowie Förderung der Bildung;
 - Schaffung der physischen und organisatorischen Voraussetzungen für die Erforschung und Entwicklung zukunftsweisender Produkte und Systeme und damit die Erzeugung von Wertschöpfung am Standort Berlin, insbesondere zur Förderung von Wissenschaft und Forschung im Rahmen von Forschungs- und Entwicklungskooperationen von Partnern aus Industrie und Wissenschaft (FuE-Verbundprojekte).
- (3) Der Verein verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke im Sinne des Abschnitts „Steuerbegünstigte Zwecke“ der Abgabenordnung; der Verein ist selbstlos, neutral und unabhängig von Parteien und Konfessionen tätig. Er verfolgt nicht in erster Linie eigenwirtschaftliche Zwecke. Mittel des Vereins dürfen nur für die satzungsmäßigen Zwecke verwendet werden. Die Mitglieder erhalten keine Zuwendungen aus Mitteln des Vereins. Es darf keine Person durch Ausgaben, die dem Zweck des Vereins fremd sind, oder durch unverhältnismäßig hohe Vergütungen begünstigt werden.

§ 3 Mitgliedschaft

- (1) Der Verein hat ordentliche Mitglieder und Ehrenmitglieder gemäß § 3 (5). Natürliche und juristische Personen, rechtsfähige Personengesellschaften, Behörden, Vereinigungen, Anstalten, Körperschaften und Stiftungen können ordentliche Mitglieder des Vereins werden, wenn sie die Zwecke des Vereins durch Mitwirkung an deren Umsetzung

unterstützen.

- (2) Die Mitgliedschaft ist durch eine schriftliche, an den Vorstand zu richtende Beitrittserklärung zu beantragen. Über die Annahme oder Ablehnung des Beitrittsgesuchs entscheidet der Vorstand ohne Angabe von Gründen durch 2/3-Mehrheit nach freiem Ermessen.
- (3) Die Mitgliedschaftsrechte sind unveräußerlich und nicht übertragbar. Die Mitgliedschaft endet
 - a) durch freiwilligen Austritt, der zum Schluss des Geschäftsjahres mit dreimonatiger Kündigungsfrist zulässig und schriftlich gegenüber dem Vorstand zu erklären ist;
 - b) durch Ausschluss aus wichtigem Grund. Wichtige Gründe sind insbesondere ein die Vereinszwecke schädigendes Verhalten, eine schwere Verletzung satzungsmäßiger Pflichten sowie Beitragsrückstände von mindestens einem Jahr. Über den Ausschluss entscheidet der Vorstand durch Beschluss;
 - c) durch Tod der natürlichen Person oder Auflösung der juristischen Person, Personengesellschaft, Vereinigung, Anstalt, Körperschaft oder Stiftung;
 - d) durch Auflösung des Vereins.
- (3) Die ausgeschiedenen Mitglieder haben bei Austritt keinen Anspruch auf das Vereinsvermögen oder Teile des Vereinsvermögens.
- (4) Natürlichen Personen, die sich um den Verein und seine Ziele in besonderer Weise verdient gemacht haben, kann durch Beschluss des Vorstands die Ehrenmitgliedschaft verliehen werden. Der Beschluss soll festlegen, welche Rechte und Pflichten mit der Ehrenmitgliedschaft verbunden sind, insbesondere Stimmrechte, Teilnahmerechte an Mitgliederversammlungen und Vereinsangeboten sowie Befreiung von den Mitgliedsbeiträgen. Die vorstehende Regelung gilt entsprechend für die Verleihung von Ehrentiteln an besonders verdiente Vorstands- oder Beiratsmitglieder.

§ 4 Rechte und Pflichten der Mitglieder

- (1) Die Mitglieder sind berechtigt, an allen angebotenen Veranstaltungen und Projekten des Vereins teilzunehmen und die Einrichtungen und Angebote des Vereins im Rahmen des Vereinszwecks zu nutzen. Für die Nutzung von Einrichtungen und Angeboten des Vereins können auch von Mitgliedern Gebühren oder Entgelte erhoben werden. Näheres regelt eine vom Vorstand nach eigenem Ermessen zu beschließende Ordnung (Gebühren- und Entgeltordnung).
- (2) Die Teilnahme an den nach § 8 (1) gebildeten Ausschüssen kann eingeschränkt werden.

Näheres regelt eine vom Vorstand nach pflichtgemäßem Ermessen zu beschließende Ordnung (Ausschussordnung), welche auch vorsehen kann, dass eine Einschränkung zur Teilnahme in Ausschüssen im Einzelfall vom Vorstand getroffen werden darf.

- (3) Die Mitglieder sind verpflichtet, den Verein und die Vereinszwecke – auch in der Öffentlichkeit – in ordnungsgemäßer Weise zu unterstützen sowie die Satzung, die Beitragsordnung, die Gebühren- und Entgeltordnung sowie die ggf. erlassene Ausschussordnung anzuerkennen und einzuhalten.

§ 5 Beiträge

- (1) Die finanziellen Mittel zur Durchführung der Vereinsaufgaben werden durch Mitgliedsbeiträge und freiwillige Zuwendungen aufgebracht.
- (2) Der Vorstand setzt die Mitgliedsbeiträge (einschließlich Regelungen zu deren Fälligkeit und einer etwaigen Staffelung, z.B. nach Mitarbeitern, Umsatz, Arbeitsbeiträgen o.ä.) durch eine Beitragsordnung fest. Der Vorstand ist nach pflichtgemäßem Ermessen unter Berücksichtigung der Liquiditätsplanung des Vereins auch berechtigt, durch einstimmigen Beschluss, vergünstigte Beitragssätze festzulegen, wenn dadurch der Vereinszweck voraussichtlich maßgeblich gefördert werden kann.

§ 6 Organe

Organe des Vereins sind der Vorstand, der Beirat und die Mitgliederversammlung.

§ 7 Vorstand

- (1) Der Vorstand im Sinne des § 26 BGB besteht mindestens aus drei und maximal aus neun Personen; die Anzahl der Mitglieder des Vorstands muss ungerade sein. Der Vorstand wählt aus seiner Mitte einen Vorsitzenden und zwei stellvertretende Vorsitzende; die Reihenfolge der Stellvertretung wird bei der Wahl festgelegt. Der Vorstand bestellt eines der Vorstandsmitglieder zum Kassenwart, ein weiteres zum Schriftführer. Der Verein wird durch den Vorsitzenden des Vorstands zusammen mit einem weiteren Mitglied des Vorstands vertreten.
- (2) Der Vorstand trifft seine Entscheidungen im Rahmen von Versammlungen im Beschlusswege. Versammlungen sind vom Vorstandsvorsitzenden schriftlich, per Fax oder E-Mail mit einer Frist von mindestens drei Tagen einzuberufen. Der Vorstand ist beschlussfähig, wenn mindestens die Hälfte der Mitglieder anwesend oder vertreten ist. Bei Beschlussunfähigkeit findet binnen einer Woche eine zweite Versammlung des Vorstands statt, die beschlussfähig ist, sofern der Vorsitzende des Vorstands anwesend ist. Beschlüsse des Vorstands werden vorbehaltlich ausdrücklich von in dieser Satzung

enthaltenen, anderweitiger Regelungen mit einfacher Mehrheit gefasst. Jedes Vorstandsmitglied kann ein anderes Vorstandsmitglied auf der Grundlage einer für diesen Einzelfall schriftlich, per Fax oder E-Mail erteilten Vollmacht des anderen Vorstandsmitglieds in der Versammlung vertreten. Ein Mangel der Einberufung der Versammlung gilt als geheilt, wenn sämtliche Vorstandsmitglieder anwesend oder vertreten sind.

- (3) Versammlungen des Vorstands können als Präsenzsitzung, als Telefon- oder Online-Konferenz, Video-Konferenz oder mit anderen Kommunikationstechniken abgehalten werden, wobei sicherzustellen ist, dass die Teilnahme für sämtliche Vorstandsmitglieder mit angemessenem Aufwand möglich ist und die Identität der teilnehmenden Vorstandsmitglieder festgestellt werden kann (etwa durch Versand individueller Zugangsdaten). In Fällen von Online-Konferenzen erfolgt die Stimmabgabe mündlich, bei Beschlüssen im Umlaufverfahren in Textform.
- (4) Der Vorstand ist für alle Angelegenheiten des Vereins zuständig, die nicht durch die Satzung einem anderen Organ zugewiesen sind. Insbesondere obliegt ihm die Geschäftsleitung, die aktive Förderung der Vereinszwecke, die Ausführung von Beschlüssen der Mitgliederversammlung und die Verwaltung des Vereinsvermögens. In diesem Zusammenhang hat der Vorstand auch die Aufgabe, die Koordinierung der FuE-Verbundprojekte zu fördern, indem er z. B. die initialen Technologiebereiche bewertet und Empfehlungen für den Aufbau neuer Schwerpunkte abgibt und bei der zukünftigen gemeinsamen Akquise von Fördermitteln im Rahmen der Vereinsarbeit berät. Der Vorstand beruft die Mitgliederversammlungen ein und leitet diese. Der Schriftführer hat über jede Sitzung des Vorstands sowie über jede Mitgliederversammlung ein Protokoll aufzunehmen, das von ihm sowie dem Vorstandsvorsitzenden zu unterzeichnen ist. Der Kassenwart verwaltet die Kasse des Vereins und führt ordnungsgemäß Buch über alle Einnahmen und Ausgaben. Er hat der Mitgliederversammlung nach Rechnungsprüfung durch die jeweils gewählten Rechnungsprüfer (§ 11) einen Rechenschaftsbericht zu erstatten.
- (5) Der Vorstand gibt sich eine Geschäftsordnung, die insbesondere die Aufgabenverteilung und die Beschlussfassung innerhalb des Vorstands regelt.
- (6) Vorstandsmitglieder können nur Vereinsmitglieder oder zu einem Vereinsmitglied in einem Beschäftigungsverhältnis stehende Personen sein. Die Amtszeit beträgt drei Jahre, wobei das Jahr der Bestellung nicht mitgerechnet wird. Die Gründungsmitglieder (i) Siemens AG, (ii) Siemens Energy AG (iii) Bundesanstalt für Materialforschung und -prüfung (BAM) (iv) Fraunhofer-Gesellschaft zur Förderung der angewandten Forschung e.V. und (v) die Technische Universität Berlin (TU Berlin) haben jeweils das Recht, einen Vertreter in den Vorstand zu entsenden. Dieser Vertreter kann abweichend zu Satz 1 dieses Absatzes in begründeten Ausnahmefällen eine nicht zu dem jeweiligen Gründungsmitglied in einem Beschäftigungsverhältnis stehende natürliche Person sein, sofern der Vorstand durch Beschluss der Entsendung zustimmt und die betreffende Person das Vorstandsamt zu

übernehmen bereit ist. Der übrige Vorstand wird von der Mitgliederversammlung gemäß § 10 (10) gewählt. Der bisherige Vorstand bleibt bis zur Wahl eines neuen Vorstands im Amt. Eine erneute Entsendung nach Satz 3 sowie die Wiederwahl nach Satz 4 sind zulässig.

- (7) Die Mitgliedschaft im Vorstand ist persönlich. Bei Beendigung der Mitgliedschaft des Vorstandsmitglieds, des Vereinsmitglieds, bei dem das Vorstandsmitglied angestellt ist sowie bei Beendigung des Beschäftigungsverhältnisses eines Vorstandsmitglieds beim jeweiligen Vereinsmitglied endet auch das Amt als Vorstand.
- (8) Die Mitgliederversammlung kann ein Vorstandsmitglied aus wichtigem Grund, insbesondere bei grober Pflichtverletzung, durch Beschluss abberufen. Beschlüsse hierzu können nur erfolgen, wenn die Absicht zur Abberufung mit der Einladung zur Mitgliederversammlung oder nach § 10 (5) als Tagesordnungspunkt mitgeteilt wurde.
- (9) Scheidet ein Mitglied des Vorstands während der Amtsperiode aus, so kann der Vorstand vorbehaltlich der Regelung des § 7 Absatz (6) die Mitgliederversammlung einberufen, um ein Ersatzmitglied zu wählen; sinkt die Zahl der Vorstandsmitglieder unter 3 (drei) ist die Ersatzwahl zwingend durchzuführen. Die Mitgliederversammlung wählt das Ersatzmitglied für die restliche Amtsdauer des ausgeschiedenen Vorstandsmitglieds.
- (10) Den Mitgliedern des Vorstands oder, falls das Vorstandsmitglied nicht selbst Mitglied des Vereins, sondern Mitarbeiter eines Mitglieds ist, dem Arbeitgeber oder Dienstherrn des Vorstandsmitglieds kann durch Beschluss der Mitgliederversammlung für die Tätigkeit im Vorstand eine Aufwandsentschädigung gewährt werden.

§ 8 Fach- und Projektausschüsse

- (1) Der Vorstand kann zur Bearbeitung von Themengebieten und Projekten Fach- und Projektausschüsse einsetzen. Er beruft die Vorsitzenden der Ausschüsse. Die Vorsitzenden der Ausschüsse können auch Nichtmitglieder zur Mitarbeit einladen, die jedoch zur Vertraulichkeit zu verpflichten sind.
- (2) Die Ausschüsse arbeiten in enger Abstimmung mit dem Vorstand bzw. nach Vorgaben des Vorstands. Sie sollen dem Vorstand regelmäßig über den Stand ihrer Tätigkeit und ihrer Projekte berichten.
- (3) Die Auflösung eines Ausschusses erfolgt durch den Vorstand.

§ 9 Beirat

- (1) Der Vorstand kann durch Beschluss einen Beirat bestellen und abberufen, der aus bis zu 10 Personen aus Wissenschaft, Gesellschaft, Wirtschaft und Verwaltung besteht und ihn

hinsichtlich des fachlichen Spektrums und der Zwecke des Vereins überwacht und berät. Der Vorstand informiert die Mitglieder im Vorfeld (4 Wochen) über anstehende Bestellungen und Abberufungen. Die Beiratsmitglieder müssen nicht Mitglieder des Vereins sein, sich jedoch zur Vertraulichkeit verpflichten.

- (2) Der Beirat des Vereins unterstützt die Facharbeit des Vereins und berät den Vorstand insbesondere bei der thematischen Schwerpunktsetzung im Rahmen der Zwecke des Vereins, bei der Einrichtung und Auflösung von Ausschüssen und bei der Formulierung des Arbeitsprogramms.
- (3) Die Beiratsmitglieder werden jeweils für die Dauer von zwei Jahren bestellt. Der bisherige Beirat bleibt bis zur Wahl eines neuen Beirats im Amt. Wiederwahl ist zulässig.
- (4) Vorstandsmitglieder können nicht zugleich Beiratsmitglieder sein. Der Beirat ist beschlussfähig, wenn mindestens die Hälfte seiner Mitglieder anwesend ist. Beschlüsse des Beirats werden mit einfacher Mehrheit gefasst.
- (5) Der Vorstand kann ein gewähltes Beiratsmitglied aus wichtigem Grund, insbesondere bei grober Pflichtverletzung, durch Beschluss abberufen.
- (6) Der Beiratsvorsitzende und sein Stellvertreter werden vom Beirat gewählt. Weitere Positionen (z.B. Schriftführer) kann der Beirat in einer Geschäftsordnung festlegen und selbst besetzen.
- (7) Den Mitgliedern des Beirats kann durch Beschluss der Mitgliederversammlung für ihre Tätigkeit eine Aufwandsentschädigung gewährt werden.

§ 10 Mitgliederversammlung

- (1) Eine ordentliche Mitgliederversammlung findet bis zum 31.05. eines jeden Geschäftsjahres statt.
- (2) Der Vorstand ist zur Einberufung einer außerordentlichen Mitgliederversammlung verpflichtet, wenn das Interesse des Vereins es erfordert oder mindestens ein Drittel der Mitglieder dies schriftlich unter Angabe von Gründen verlangt.
- (3) Zu den Aufgaben der Mitgliederversammlung gehören insbesondere:
 - a) Vorbehaltlich von § 7 (6) Satz 3 und Satz 6 Alt. 1 die Wahl und Abwahl der Vorstandsmitglieder,
 - b) Entgegennahme der Berichte des Vorstands,
 - c) Feststellung des Jahresabschlusses,

- d) Entlastung des Vorstands,
 - e) Wahl der Kassenprüfer,
 - f) Beschlussfassung über die Änderung der Satzung, einschließlich der Änderung der Vereinszwecke,
 - g) Beschlussfassung über die Auflösung des Vereins sowie weitere Aufgaben, soweit sich diese aus der Satzung oder dem Gesetz ergeben.
- (4) Die Mitgliederversammlung wird vom Vorstand unter Einhaltung einer Frist von vier Wochen unter Beifügung der Tagesordnung einberufen. Die Einberufung kann sowohl schriftlich, per Fax als auch per E-Mail erfolgen. Die Frist beginnt mit dem auf die Absendung des Einladungsschreibens folgenden Tag. Das Einladungsschreiben gilt als den Mitgliedern zugegangen, wenn es an die letzte dem Verein bekannt gegebene Kontaktadresse (Postanschrift, Faxnummer, Email-Adresse) gerichtet war.
 - (5) Die Tagesordnung ist zu ergänzen, wenn dies ein Mitglied bis spätestens eine Woche vor dem angesetzten Termin schriftlich, per Fax oder E-Mail beantragt. Die Ergänzung ist den Mitgliedern unverzüglich, spätestens bis zum dritten Tag vor der Versammlung schriftlich, per Fax oder E-Mail bekanntzumachen.
 - (6) Anträge über die Wahl und Abwahl des Vorstands oder einzelner Mitglieder des Vorstands oder über die Änderung der Satzung, die den Mitgliedern nicht bereits mit der Einladung zur Mitgliederversammlung zugegangen sind, können erst auf der nächsten Mitgliederversammlung beschlossen werden.
 - (7) Den Vorsitz in der Mitgliederversammlung führt der Vorstandsvorsitzende, im Fall seiner Verhinderung einer seiner Stellvertreter.
 - (8) Jedes ordentliche Mitglied hat eine Stimme.
 - (9) Abstimmungen erfolgen offen, soweit dem nicht gesetzliche Bestimmungen entgegenstehen. Auf Antrag eines ordentlichen Mitglieds erfolgt die Abstimmung geheim. Das Stimmrecht kann nur persönlich oder bei persönlicher Verhinderung durch Stimmrechtsübertragung auf ein anderes ordentliches Mitglied unter Vorlage einer schriftlichen Vollmacht ausgeübt werden, wobei ein Mitglied maximal drei andere Mitglieder vertreten kann. Mitglieder können durch einen gesetzlichen Vertreter, einen Prokuristen oder einen schriftlich bevollmächtigten eigenen Angestellten vertreten werden.
 - (10) Bei Abstimmungen entscheidet die einfache Mehrheit der abgegebenen Stimmen, soweit nicht diese Satzung etwas anderes bestimmt. Stimmenthaltungen und ungültige Stimmen bleiben außer Betracht. Im Falle der Stimmengleichheit gilt der Beschlussantrag als abgelehnt. Der Ausschluss von Mitgliedern, Satzungsänderungen und die Auflösung des

Vereins können nur mit einer Mehrheit von zwei Dritteln der anwesenden oder vertretenen, stimmberechtigten Mitglieder beschlossen werden.

- (11) Der Schriftführer hat über die Beschlüsse der Mitgliederversammlung ein Protokoll anzufertigen, das von Versammlungsleitung und Schriftführung zu unterzeichnen ist. Das Protokoll ist den Mitgliedern zugänglich zu machen.
- (12) Die Mitgliederversammlung kann auch in Form einer Online-Versammlung abgehalten werden, wenn die präferierte Mitgliederversammlung vor Ort nicht stattfinden kann. Hierzu wird der Vorstand einen Online-Konferenzraum bereitstellen und den Mitgliedern spätestens 3 Tage vor der Versammlung die Zugangsdaten zukommen lassen. Details für den Ablauf der Online-Mitgliederversammlung werden in der Versammlungsordnung des Vereins geregelt.

§ 11 Rechnungsprüfung

Das Rechnungswesen des Vereins wird von zwei Rechnungsprüfern überprüft, die von der Mitgliederversammlung aus dem Kreise der Mitglieder für das laufende Geschäftsjahr gewählt werden und nicht Mitglieder des Vorstands sein dürfen. Wiederwahl ist zulässig.

§ 12 Auflösung des Vereins oder Wegfall steuerbegünstigter Zwecke

- (1) Die Auflösung des Vereins kann nur in einer besonderen, zu diesem Zweck mit einer Frist von vier Wochen einzuberufenden außerordentlichen Mitgliederversammlung beschlossen werden.
- (2) Sofern die Mitgliederversammlung nicht besondere Liquidatoren bestellt, sind der Vorstandsvorsitzende und einer seiner Stellvertreter gemeinsam vertretungsberechtigte Liquidatoren.
- (3) Die Liquidatoren haben die laufenden Geschäfte abzuwickeln. Von einem Mitglied auf Basis einer gesonderten Vereinbarung – z- B. kündbarer Leihvertrag - nur vorübergehend eingebrachte Vermögensgegenstände sind an das Mitglied herauszugeben.
- (4) Bei Auflösung oder bei Wegfall steuerbegünstigter Zwecke fällt ein noch bestehendes Vermögen des Vereins an einen durch die Mitglieder in der Versammlung nach § 12 (1) durch Beschluss, welcher einer Mehrheit von 2/3 der auf der Versammlung vertretenen, stimmberechtigten Mitglieder bedarf, zu bestimmende andere steuerbegünstigte Körperschaft oder eine juristische Person des öffentlichen Rechts, die es jeweils unmittelbar und ausschließlich zur Förderung von Wissenschaft und Forschung oder Bildung zu verwenden hat. Kommt ein Beschluss zur Auswahl des gemeinnützigen Trägers nicht zustande, fällt das Vermögen an das Bundesministerium für Bildung und Forschung oder eine Nachfolgeeinrichtung dieses Ministeriums mit der Auflage, es zu

gemeinnützigen wissenschaftlichen Forschungszwecken zu verwenden.

- (5) Die vorstehenden Bestimmungen gelten entsprechend für den Fall, dass der Verein aus einem anderen Grunde aufgelöst wird oder seine Rechtsfähigkeit verliert.

§ 13 Bekanntmachungen

Nach Gesetz oder Satzung notwendige öffentliche Bekanntmachungen des Vereins erfolgen im Bundesanzeiger.

§ 14 Sonstige Bestimmungen

- (1) Sollten einzelne Bestimmungen dieser Satzung rechtsunwirksam sein oder werden, so bleibt die Wirksamkeit aller anderen Bestimmungen hiervon unberührt. Für eine rechtsunwirksame Bestimmung ist durch die Mitgliederversammlung eine rechtswirksame Bestimmung zu beschließen, die in ihrer Wirkung dem Sinn der ursprünglichen Bestimmung so weit wie rechtlich zulässig entspricht.
- (2) Abweichend von § 10 (3) lit. f) wird der Vorstand ermächtigt, solche Änderungen an der Satzung vorzunehmen, von denen das Finanzamt die Anerkennung der Gemeinnützigkeit, bzw. das Registergericht die Eintragung des Vereins abhängig macht. Die derart vom Vorstand beschlossenen Änderungen sind den Mitgliedern im Nachgang umgehend zur Kenntnis zu bringen.
- (3) Die Bezeichnungen von Ämtern, Organen und Personen in dieser Satzung und den in dieser Satzung in Bezug genommenen Dokumenten erfolgt lediglich im Interesse der einfacheren Lesbarkeit geschlechtsneutral.

§ 15 Inkrafttreten der Satzung

Die vorstehende Satzung tritt nach Eintragung in das Vereinsregister beim Amtsgericht Berlin in Kraft.

Berlin, den 27.01.2023